

Sebastian Haffner
Von Bismarck zu Hitler

Ein Rückblick

München 1987

verlegt bei Kindler

Man sagt immer, das Deutsche Reich wurde 1870/71 gegründet. Aber eigentlich ist das eine irreführende Vorstellung. Das Deutsche Reich ist nicht auf einmal aus heiterem Himmel »gegründet« worden, sondern es hatte eine ziemlich lange, eine mehr als zwanzigjährige Entstehungsgeschichte: von 1848 bis 1871.

Hervorgegangen ist es aus einem merkwürdig schiefen Bündnis zwischen preußischer Politik in Deutschland auf der einen und der deutschen Nationalbewegung auf der anderen Seite. Dieses Bündnis war schief nicht nur, weil Bismarck es etwas übergewichtig zur preußischen Seite hin angelegt hatte, sondern auch, weil es von vornherein ein sehr paradoxes, nicht vorhersehbares Bündnis zwischen ganz entgegengesetzten Kräften war.

Preußen und die deutsche Nationalbewegung – das waren beides sehr junge Erscheinungen in der deutschen Geschichte. Preußen gab es als Staat erst seit 1701, als Großmacht seit dem Siebenjährigen Krieg 1756 bis 1763 und als *deutsche* Großmacht eigentlich erst seit der Wiener Kongreßakte von 1815. Vorher tendierte Preußen immer stark nach Polen, und zehn

Jahre lang, von 1796 bis 1806, war es geradezu ein binationaler, teils deutscher, teils polnischer Staat. Warschau gehörte damals zu Preußen.

Erst 1815 wurde Preußen sozusagen nach Westen umgedreht, nach Deutschland hineingestoßen. Seine polnischen Besitzungen verlor es zum großen Teil (nicht vollständig), dafür gewann es aber einen ganz massiven westdeutschen Zuwachs, die Rheinprovinz, der mit dem preußischen Hauptgebiet im Osten allerdings überhaupt nicht verbunden war. So wurde Preußen ein geographisch unvollständiger Staat, der irgendwie danach streben mußte, sich zu arrondieren, und zwar in Deutschland. Und gleichzeitig wurde es zur zweiten deutschen Großmacht nach Österreich. So seltsam es klingt: Preußen hat in der Form, in der es im neunzehnten Jahrhundert deutsche Politik machte, eigentlich erst seit 1815 bestanden.

Die deutsche Nationalbewegung war auch nicht viel älter; ihre Entstehung fällt in die napoleonische Epoche. Einen deutschen Nationalstaat, das muß man sich klarmachen, hat es vor dem neunzehnten Jahrhundert nie gegeben. Das alte Heilige Römische Reich war nie ein Nationalstaat gewesen, und seit dem dreizehnten Jahrhundert löste es sich immer mehr in Partikularstaaten auf. Man kann nicht sagen, daß die zeitgenössischen Deutschen das als etwas besonders Unnatürliches empfunden hätten. So konnte zum Beispiel Wieland noch am Ende des achtzehnten Jahrhunderts in seiner Einleitung zu Schillers »Geschichte des Dreißigjährigen Krieges« »mit gutem Grunde behaupten,

daß . . . die Vorteile, welche aus dieser Zerteilung im ganzen für uns entspringen, das Nachteilige bei weitem überwiegen; oder vielmehr, daß *sie* es gerade ist, der wir diese Vorteile zu verdanken haben«. Da war noch keine Rede davon, daß Deutschland nun unbedingt ein zusammenhängendes Machtgebilde, ein Staat, und zwar ein Nationalstaat, werden müsse – wie Frankreich.

Die Nationalbewegung und Preußen als überwiegend deutsche Großmacht treten also erst zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts in die deutsche Geschichte ein. Und zwar zunächst keineswegs als Verbündete, sondern als Feinde. Für diese Feindschaft gab es zwei gute Gründe. Der erste: Preußen war, um es einmal einfach mit modernen allgemein-politischen Begriffen zu bezeichnen, »rechts«: ein immer noch weitgehend feudalistischer Agrarstaat mit einer ungebrochenen Adelsherrschaft auf dem Lande, der mit einer modernen absolutistischen Bürokratie ausgerüstet war. Beides würden wir heute als ausgesprochen »rechts« einstufen.

Die deutsche Nationalbewegung dagegen war eine »linke« Bewegung. Sie war von vornherein auf eine Nachahmung des revolutionären Frankreich gerichtet – daher auch ihre ursprüngliche Verbindung mit freiheitlichen, liberal-demokratischen Bewegungen. Stark wurde sie aber erst durch Napoleon. Napoleon rief bei den Deutschen, zunächst den deutschen Politikern und Intellektuellen, dann mehr und mehr auch im breiteren Publikum, zwei unterschiedliche Reak-

tionen hervor. »Das soll uns nie wieder passieren dürfen!« war die eine, während die andere etwa lautete: »Das wollen wir auch einmal machen können!« Das napoleonische Frankreich war das Vorbild der deutschen Nationalbewegung und Napoleon ihr illegitimer Vater.

Gleichzeitig war die deutsche Nationalbewegung aber auch eine anti-französische Bewegung, denn die Franzosen kamen ja nicht nur als Vorbilder und Modernisierer, sondern auch als Eroberer, Unterwerfer und Ausbeuter nach Deutschland. Besonders als militärische Ausbeuter; die Deutschen haben schwer geblutet in Napoleons Kriegen, in denen sie gezwungenermaßen mitfechten mußten.

So durchmischten sich ganz gegensätzliche Gefühle: zum einen ein ausgeprägter Franzosenhaß (»Das soll uns nie wieder passieren dürfen!«) – aber andererseits ein bewundernder Wunsch, es den Franzosen gleichzutun (»Das wollen wir auch einmal können!«). Was Napoleon vollbracht hatte, verdankte er offensichtlich der Nationalisierung und der Durchpolitisierung Frankreichs in der Revolution, die er ererbt und keineswegs rückgängig gemacht hatte. Schon vor Napoleon schwärmte man in manchen deutschen Kreisen für die neue französische Freiheit und Gleichheit, die nationale Demokratie. Nicht viel anders hielten es die preußischen Militärs in den Befreiungskriegen – man denke an Scharnhorst oder Gneisenau. Da hieß es dann: Wir müssen von Frankreich lernen, wir müssen das, was uns die Franzosen vorexerziert haben, nach-

ahmen; nicht zuletzt freilich, um ihnen mit gleicher Münze zurückzuzahlen. So mischten sich Haß und Bewunderung.

Man idealisiert die deutsche Nationalbewegung gern ein bißchen, auch heute noch. Die deutschen Frühnationalisten, besonders der Freiherr vom Stein, der bedeutendste von ihnen, gelten immer noch als vorbildliche deutsche Staatsmänner. Doch da empfiehlt sich Vorsicht. Wenn man sich die Ablehnung dieser Nationalbewegung durch Goethe vergegenwärtigt, wenn man sich des weiteren Thomas Manns Darstellung dieser Ablehnung in »Lotte in Weimar« anschaut, dann wird man doch sehr nachdenklich. Es fehlt nämlich dieser Frühnationalbewegung keineswegs an Vorklängen des Nationalsozialismus: zum Beispiel eine ungeheure Selbstüberhebung und Selbstanbetung; die Deutschen, das »Urvolk«, das eigentliche Volk, das wirkliche und wahre und beste Volk Europas – und dann gleichzeitig dieser furchtbare Haß, etwa bei Kleist: »Schlagt sie tot! Das Weltgericht / fragt euch nach den Gründen nicht.« Auch bei Ernst Moritz Arndt finden wir dieses bedenkliche Amalgam aus Frankreich-Nachahmung und Franzosenfresserei, schlimmer noch, weil stärker rationalisiert, bei Johann Gottlieb Fichte.

Diese Strömungen sind deshalb von so großer Bedeutung, weil sich die deutsche Nationalbewegung auf die Dauer als der stärkere Partner in jenem schiefen preußisch-nationalen Bündnis erweisen sollte, aus dem das Deutsche Reich entstand – trotz allem, was Bismarck

zunächst scheinbar Gegenteiliges erreicht hatte. Sie hat letzten Endes weit mehr als das preußische Element zu den Übersteigerungen des deutschen Nationalismus und Expansionismus beigetragen, die ihren Höhepunkt schließlich unter Hitler erreichen sollten. Freilich war der »Rechts«-»links«-Gegensatz nur einer der beiden Gründe für die Feindschaft zwischen Preußen und der Nationalbewegung. Der ursprüngliche zweite hängt mit dem Gegensatz zwischen Österreich und Preußen zusammen: Die Nationalbewegung war großdeutsch, während preußische Deutschlandpolitik bestenfalls nur eine kleindeutsche sein konnte. Das stellte sich allerdings erst nach 1848 heraus.

In den Jahren von 1815 bis 1848 arbeiteten Preußen und Österreich Hand in Hand, und zwar gerade bei der Unterdrückung der deutschen Nationalbewegung. Ihr gemeinsames Instrument dabei war der Deutsche Bund.

Auf dem Wiener Kongreß war die revolutionäre Idee eines deutschen Nationalstaats ja ausdrücklich verworfen worden, ebenso die Wiederherstellung des alten, 1806 aufgelösten Heiligen Römischen Reichs. Der Deutsche Bund, eine sehr lose Vereinigung von 38 Staaten und Stadtstaaten, die nun an die Stelle des alten Reichs trat, hatte von vornherein gerade auch den Zweck, die Machtkonzentration eines Nationalstaats in Mitteleuropa zu verhindern.

Er war sehr ungleich zusammengesetzt: zwei Großmächte, Österreich und Preußen; vier mittelgroße

Königreiche, Bayern, Württemberg, Sachsen und Hannover; der Rest kleinere Staaten und freie Städte. Diese interne Machtverteilung läßt im kleinen an diejenige denken, die heute bei den Vereinten Nationen im großen herrscht. Und so wie der Spiritus rector der Vereinten Nationen, der amerikanische Präsident Roosevelt, immer überzeugt war, daß das Funktionieren der Vereinten Nationen eine ständige Vorverständigung zwischen den beiden Großmächten USA und USSR verlangte, war der Vater des Deutschen Bundes, der österreichische Staatskanzler Metternich, überzeugt, daß der Deutsche Bund nur funktionieren würde, wenn Österreich, die Präsidialmacht, mit der anderen Großmacht Preußen rücksichtsvoll zusammenarbeitete. So waren zum Beispiel die »Karlsbader Beschlüsse« von 1819, mit denen die berüchtigten »Demagogenverfolgungen« eingeleitet wurden, in Karlsbad von Österreich mit Preußen abgestimmt worden, ehe sie in Frankfurt vom Deutschen Bund ins Werk gesetzt wurden. Obwohl die Idee dazu von Österreich ausging, tat sich bei ihrer Durchführung übrigens Preußen besonders hervor.

Die Unterdrückungsmaßnahmen trafen hauptsächlich Universitäten, Literatur und Presse, aber sie galten inhaltlich der Nationalbewegung, die zwischen 1815 und 1848 ja nur in diesen »Medien« (wie wir heute sagen würden) lebendig und greifbar blieb. Und so war denn auch die Revolution von 1848 nicht nur eine Antwort auf Unterdrückung und Verfolgung als solche, sondern sie war zugleich eine nationale Revo-

lution, der Versuch, die Deutschlandregelung von 1815 rückgängig zu machen, an die Stelle des Deutschen Bundes ein Deutsches Reich zu setzen, und zwar ein großdeutsches Reich.

Dieses erste Deutsche Reich hat tatsächlich ein knappes Jahr lang, vom Sommer 1848 bis zum Frühjahr 1849, bestanden, mit einem Staatsoberhaupt, einem Ministerium und einem Parlament in Gestalt der Frankfurter Paulskirchen-Versammlung; es war sogar von den Vereinigten Staaten anerkannt worden. Freilich fehlte ihm eine wirkliche Machtgrundlage.

Denn die Machtgrundlage dieses ersten Deutschen Reiches war einzig die Märzrevolution in den deutschen Staaten gewesen, und diese Revolution hatte keinen langen Atem. Bereits im Sommer fing sie an zu ermüden; im Herbst wurde sie in den beiden deutschen Großstaaten niedergeworfen; in Österreich blutig, in Preußen unblutig; und die Nationalversammlung in der Paulskirche begann zu merken, daß ihrem Staat das fehlte, was einen Staat erst ausmacht, Heer und Verwaltung. Sie mußten es irgendwie anschaffen. Aber wie? Das merkwürdige Resultat dieser Überlegung war, sich diese Institutionen sozusagen zu borgen – und zwar von Preußen.

Als das neue Deutsche Reich von 1848 einen Krieg mit Dänemark um Schleswig-Holstein führen wollte, beauftragte es die preußische Armee damit, zunächst noch erfolgreich (es war im Frühsommer 1848, und auch Preußen selber hatte noch eine Revolutionsregierung). Als dann Preußen, einer Mächteintervention

weichend, sich im September aus diesem Krieg zurückzog und in Frankfurt Unruhen ausbrachen, wurde wieder die preußische Armee zur Hilfe gerufen. Und ganz zum Schluß, im Frühjahr 1849, beendete die Paulskirchen-Versammlung ihr Reichsgründungswerk damit, daß sie den preußischen König, allerdings mit knapper Mehrheit, zum erblichen deutschen Kaiser wählte, was er bekanntlich ablehnte. Er wollte mit der Revolution nichts mehr zu tun haben.

Das war eine böse Überraschung für die Männer der Paulskirche. Aber viel überraschender (zunächst sogar für sie selbst) war es, daß sie das Angebot der deutschen Kaiserkrone an den König von Preußen überhaupt gemacht hatten. Die deutsche Nationalbewegung war doch immer großdeutsch gewesen, und auch die Frankfurter Nationalversammlung war ganz überwiegend großdeutsch gesinnt; der Reichsverweser, den sie bestellt hatte, war ein habsburgischer Erzherzog; in der Reichsregierung waren Österreicher sehr stark vertreten; die Österreicher hatten auch mitgewählt. Wie kam es, daß man jetzt plötzlich auf Preußen zurückfiel? Nun, es war eine Notlösung, ein Rückzug, eine Kapitulation vor der Tatsache, daß der österreichische Kaiserstaat nicht, wie anfangs erwartet, zerfallen, sondern im vollen Zuge seiner Restauration war und gar nicht mehr daran dachte, seine Deutschen in ein neugebackenes großdeutsches Reich zu entlassen. Also beschränkte man sich notgedrungen auf ein Kleindeutschland unter preußischer Führung. Das war ein Stück Realpolitik von seiten der

Nationalrevolutionäre, ein schmerzliches Opfer, und nun obendrein auch noch ein verweigertes Opfer. Immerhin: Es war das erste Mal, daß sich der deutsche Nationalismus auf eine preußisch-kleindeutsche Lösung einließ, wenn auch nur als eine Ersatzlösung. Lange vor Bismarck hatte also die deutsche Nationalbewegung selbst schon einmal solch ein Notbündnis ins Auge gefaßt.

Eine solche preußisch-deutsche Vereinbarung ist vor Bismarck sogar noch ein zweites Mal für einen Augenblick Wirklichkeit gewesen, und zwar unmittelbar nach 1848. Diesmal ging die Initiative von Preußen aus. Preußen hatte die deutsche Kaiserkrone der Revolution zwar abgelehnt. Aber der Gedanke einer kleindeutschen Einheit unter preußischer Führung war in Berlin durchaus nicht nur auf taube Ohren gestoßen. Man stellte sich einen Fürstenbund vor, locker zwar, aber doch schon bundesstaatlich, auch mit einem Parlament – und natürlich ohne Revolution. So gründete Preußen unter Friedrich Wilhelm IV. im Jahre 1849 die Deutsche Union, eine Union von 28 deutschen Staaten, die allerdings nicht ganz den Umfang des späteren Deutschen Reiches hatte, weil Bayern und Württemberg von vornherein nicht mitmachten. Auch die beiden Königreiche Hannover und Sachsen fielen später wieder ab.

Das Bemerkenswerte besteht nun darin, daß der Rumpf der Frankfurter Nationalversammlung sich in Gotha versammelte und den Beschluß faßte, bei der Deutschen Union mitzumachen. Der »Zweck«, den

man in Frankfurt habe erreichen wollen – also eine deutsche, notfalls auch kleindeutsche Einheit –, sei wichtiger als die Form, wurde erklärt. An den demokratischen Nationalisten also ist die Deutsche Union nicht gescheitert. Ihr Mißerfolg hatte außenpolitische Gründe. Österreich, unterstützt von Rußland, wandte sich ganz stark, zum Schluß unter Kriegsdrohung, gegen das Vorhaben und verlangte die Wiederherstellung des alten Deutschen Bundes. Und Preußen gab nach, wobei übrigens Bismarck die entscheidende Rede im preußischen Abgeordnetenhaus hielt. Bismarck war damals noch gegen das Bündnis mit dem deutschen Nationalismus, für die Wiederherstellung des alten Bundes, für die Wiederherstellung eines guten Verhältnisses Preußens mit Österreich, und gerade deswegen wurde er ja auch im Juli 1851 als preußischer Gesandter nach Frankfurt zum wiederhergestellten Deutschen Bund geschickt. Er blieb dort bis Anfang März 1859. Erst in dieser Periode entwickelte sich dann bei Bismarck der Entschluß, ein Bündnis Preußens mit der deutschen Nationalbewegung zu suchen.

Es muß nun im folgenden sehr viel von Bismarck die Rede sein. Aber ehe wir uns der Geschichte Bismarcks zuwenden, tun wir gut daran, uns klarzumachen, daß das paradoxe Bündnis Preußens mit der deutschen Nationalbewegung, das er 1866 und 1870 zum Erfolg führte, schon vor ihm einmal für einen kurzen Augenblick vollzogen worden war.

Die Deutsche Union von 1849/50 war in der Absicht bereits das Deutsche Reich von 1870/71 gewesen, in

der Realität etwas Ähnliches wie Bismarcks Norddeutscher Bund von 1867: die Zusammenfassung wenn nicht ganz Deutschlands, so doch ganz Norddeutschlands als Fürstenbund unter preußischer Führung, unter Ausschluß Österreichs, aber mit ausdrücklicher Zustimmung und Mitwirkung der deutschen Nationalisten und Parlamentarier. Selbst die Frage, wer in diesem Bündnis Preußens mit der nationalen Revolution Roß und wer Reiter sein sollte, war hier schon ganz im späteren Bismarckschen Sinne entschieden: 1848/49 hatte die Revolution sich noch Preußens bedienen wollen, und das war abgelehnt worden. 1849/50 hatte sich Preußen für eine preußische Deutschlandpolitik der Revolution bedient, und so herum war das Bündnis in Gotha angenommen worden. Gescheitert war das Ganze an mangelnder außenpolitischer Absicherung und mangelnder Kriegsbereitschaft. Beides sollte Bismarck 1866 und 1870 nachliefern. Darin, und im Grunde genommen *nur* darin, liegt sein persönlicher Beitrag zur Reichsgründung. Die Konzeption selbst war schon vor ihm dagewesen, und er mußte erst nachträglich für sie gewonnen, ja zu ihr bekehrt werden.

Das nun geschah in seiner Frankfurter Zeit, in den fünfziger Jahren, und was ihn bekehrte, war die Erfahrung der österreichischen Politik beim wiederhergestellten Bund. 1855 schrieb er in einem Bericht nach Berlin: »Ich war gewiß kein prinzipieller Gegner Österreichs, als ich herkam vor vier Jahren, aber ich hätte jeden Tropfen preußischen Bluts verleugnen

müssen, wenn ich mir eine auch nur mäßige Vorliebe für das Österreich, wie seine gegenwärtigen Machthaber es verstehen, hätte bewahren wollen.«

Erinnern wir uns: Der Deutsche Bund war in den Jahren von 1815 bis 1848 stets durch eine Art Kondominium von Österreich und Preußen gelenkt worden. Österreich war zweifelsohne die größere Macht im Deutschen Bund, es war auch die ständige Präsidialmacht – aber Preußen war eben die andere Großmacht. Mit dieser anderen Großmacht war Österreich unter Metternich nach 1815 entschlossen gewesen zusammenzuarbeiten. Das war nach 1848 nicht mehr der Fall. Schon die Wiederherstellung des Deutschen Bundes war ja von Österreich gegen den Willen Preußens erzwungen worden, die beiden traten in den neuen Deutschen Bund als Konkurrenten, als Rivalen, als Gegner ein – und Österreich als der zunächst überlegene Gegner.

Bis 1848 war die deutsche Nationalbewegung unterdrückt worden. Nach 1848 war sie nicht mehr ganz unterdrückbar. Denn die Deutschen hatten inzwischen, wenn auch nur für einen historischen Augenblick, die Realisierbarkeit eines Deutschen Reiches erfahren, und diese Erfahrung vergaßen sie nicht. Die deutsche Nationalbewegung blieb also, auch ohne Macht zu haben, weiterhin ein politischer Faktor, mit dem man immer zu rechnen hatte und den die eine oder andere Großmacht für sich einspannen mußte. Es gab seit 1848/49, was es bis 1848 nicht gegeben hatte: eine deutsche Frage.

Und in dieser deutschen Frage waren Österreich und Preußen Rivalen. Das ist es, was Bismarck in seiner Frankfurter Zeit als preußischer Bundestagsgesandter entdeckte.

Nicht nur Preußen, auch Österreich mußte nach 1848 eine Deutschlandpolitik entwickeln, und das tat es, auf seine Weise. Wenn Preußen sich durch die Natur der Sache in seiner Deutschlandpolitik immer auf ein »Kleindeutschland«, manchmal sogar auf ein bloßes Norddeutschland, zurückverwiesen fand, mußte Österreich nunmehr, wenn es der Vielvölkerstaat bleiben wollte, der es war, und trotzdem Vormacht eines irgendwie geeinigten Deutschland werden wollte, auf eine Art Supergroßdeutschland zielen: ein »Reich der [damals] 70 Millionen«, wie es Fürst Schwarzenberg, ein österreichischer Bismarck, 1850 tatsächlich anstrebte. Schwarzenberg starb unerwartet 1852, aber seine Denkweise starb nicht mit ihm, am wenigsten seine Tendenz, Preußen fortan als einen Rivalen zu betrachten, den man im Kampf um Deutschland schwächen, womöglich zerstören mußte; und Bismarck, ein sehr reizbarer Mann, empfand das sehr stark, auch wenn die österreichische Deutschlandpolitik in seiner Frankfurter Zeit weniger direkt aggressive Formen annahm. Das Folgende sind Zitate aus einer als »Prachtbericht« berühmt gewordenen Denkschrift Bismarcks von 1856:

»Nach der Wiener Politik ist Deutschland einmal zu eng für uns beide; solange ein ehrliches Arrangement über den Einfluß eines jeden in Deutschland nicht

getroffen und ausgeführt wird, pflügen wir beide denselben streitigen Acker, und solange bleibt Österreich der einzige Staat, an den wir nachhaltig verlieren und von dem wir nachhaltig gewinnen können.« In demselben »Prachtbericht« ist an anderer Stelle auch bereits von der Möglichkeit die Rede, »daß wir in nicht zu langer Zeit für unsere Existenz gegen Österreich werden fechten müssen und daß es nicht in unserer Macht liegt, dem vorzubeugen, weil der Gang der Dinge in Deutschland keinen anderen Ausweg hat«

Es ist nicht uncharakteristisch, daß in dem, was man Bismarcks Bekehrungsprozeß nennen könnte und woraus so viel deutsche Geschichte entsprang, die Feindschaft mit Österreich das erste war. Der Gedanke des preußischen Bündnisses mit der deutschnationalen Revolution kam später. Freilich ergab er sich mit einer gewissen Unausweichlichkeit aus der neuen preußisch-österreichischen Gegnerschaft. In einer langen Denkschrift aus dem Jahre 1858 (damals in Berliner Regierungskreisen spöttisch »Das kleine Buch des Herrn von Bismarck« genannt) lesen wir: »Die preußischen Interessen fallen mit denen der meisten Bundesländer, außer Österreich, vollständig zusammen, aber nicht mit denen der Bundesregierungen, und es gibt nichts Deutscheres als gerade die Entwicklung richtig verstandener preußischer Partikularinteressen.« Und wenn das noch etwas gewunden klingt, wird Bismarck ein Jahr später ganz deutlich: »Der alleinige zuverlässige, ausdauernde Alliiert-

te, welchen Preußen haben kann, wenn es sich danach benimmt, ist das deutsche Volk.« Noch ein Jahr später, 1860, sieht er nicht mehr ein, »warum wir von der Idee einer Volksvertretung, sei es im Bunde, sei es in einem Zollvereinsparlament, so zurückschrecken.« (Zehn Jahre zuvor hatte er noch »die preußische Ehre« darin gesehen, »daß Preußen vor allem sich von jeder schmachvollen Verbindung mit der Demokratie entfernt halte«.) Und im Januar 1863 verlas der preußische Gesandte beim Frankfurter Bundestag eine Grundsatzserklärung zugunsten einer aus direkten, geheimen und gleichen Wahlen hervorgehenden Volksvertretung. Damals war Bismarck seit drei Monaten preußischer Ministerpräsident und Außenminister. Die dramatische Geschichte des preußischen Verfassungskonflikts, dem er seine Ernennung verdankte, braucht hier nicht nacherzählt zu werden. Es ist nur daran zu erinnern, daß es auch in Preußen eine – sehr starke – liberal-nationale Bewegung gab. Bismarck machte sich bei dieser Bewegung durch seine Politik als Konfliktminister zunächst unmöglich. Aber er behielt immer die Idee im Hinterkopf, daß er die preußischen wie die außerpreußischen Liberalen eines Tages als Partner gewinnen und versöhnen würde, müßte, könnte, und zwar indem er ihnen ihre nationalen Wünsche erfüllte. In seiner berühmten ersten Rede als Ministerpräsident sagte Bismarck: »Nicht auf Preußens Liberalismus sieht Deutschland, sondern auf seine Macht« und: »Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit

entschieden, sondern durch Eisen und Blut.« Wie es ja dann auch geschehen ist. Man hat sich aus dieser Rede immer nur den provokativen Ausdruck »Eisen und Blut« gemerkt. Übersehen hat man, daß hier bereits ein stark angedeutetes Friedensangebot an die Liberalen ausgesprochen wurde. Der Ministerpräsident signalisierte den Abgeordneten, daß die Regierung das gegen ihren Willen vermehrte Heer brauche, um eines Tages mit Gewalt das durchzusetzen, was ja auch sie anstrebten, nämlich den deutschen Nationalstaat – ein mit Preußen verbundenes, durch Preußen geführtes, allerdings kleindeutsches, vielleicht sogar nur norddeutsches Reich. Das war von vornherein Bismarcks Idee. Man übertreibt nur wenig, wenn man sagt, daß der Krieg von 1866 und der Friede, der ihm folgte, in Bismarcks Kopf schon fertig waren, als er 1862 preußischer Ministerpräsident und Außenminister wurde. Freilich, ein wenig übertreibt man. Bismarck sprach wohl die Wahrheit über sich, als er 1890, kurz nach seiner Entlassung, in einem Interview sagte: »Der Staatsmann gleicht einem Wanderer im Walde, der die Richtung seines Marsches kennt, aber nicht den Punkt, an dem er aus dem Forste heraustreten wird... Ich hätte jede Lösung mit Freuden ergriffen, welche uns ohne Krieg der Vergrößerung Preußens und der Einheit Deutschlands zuführte. Viele Wege führten zu meinem Ziel. Ich mußte der Reihe nach einen nach dem anderen einschlagen, den gefährlichsten zuletzt. Einförmigkeit war nicht meine Sache.«

Immerhin, das Ziel stand fest: die Vergrößerung Preußens und so viel deutsche Einheit, wie damit vereinbar war. Und ziemlich fest stand auch von vornherein, daß dieses Ziel nur gegen den Willen Österreichs zu erreichen war und daß der gefährlichste Weg zum Ziel, der kriegerische, zuletzt wohl doch beschritten werden mußte. Darin unterscheidet sich der Krieg von 1866 von den beiden anderen Kriegen Bismarcks, auch dem von 1864, der ihm zeitlich vorausging: Dieser gemeinsam mit Österreich geführte Krieg gegen Dänemark um Schleswig-Holstein war nur einer der Umwege, die zum kriegerischen Austrag des preußisch-österreichischen Konflikts um Deutschland führten, indem er mit der zunächst gemeinsamen, dann geteilten Verwaltung Schleswig-Holsteins einen neuen Zankapfel zwischen den beiden deutschen Großmächten schuf. Im übrigen war er eine Improvisation; sein Anlaß war nicht vorauszusehen gewesen, und die schleswig-holsteinische Frage hatte, ehe sie plötzlich akut wurde, Bismarck kaum beschäftigt.

Dasselbe läßt sich, so erstaunlich es klingen mag, von dem letzten und größten der Bismarckschen Kriege sagen, dem Deutsch-Französischen von 1870/71, aus dem dann das Deutsche Reich hervorging und auf dem, weit mehr als auf dem deutschen »Bruderkrieg« von 1866, Bismarcks Nachruhm und seine postume Popularität in Deutschland beruhte.

Bleiben wir aber noch einen Augenblick bei diesem Bruderkrieg, der ja weit mehr als der Krieg von 1870/

71 die deutschen Verhältnisse revolutionierte. Seine Ergebnisse entsprachen genau – weit genauer als die des späteren Deutsch-Französischen Krieges – dem Ziel, das Bismarck so lange auf so vielen Wegen angestrebt hatte. Es waren vier:

Erstens eine gewaltige Vergrößerung Preußens. Ein ganzes Königreich – Hannover –, außerdem Schleswig-Holstein, Kurhessen, Nassau wurden einfach preußische Provinzen, und die alte Freie Reichsstadt Frankfurt, bisher Sitz des Deutschen Bundes, wurde eine preußische Provinzstadt. Preußen erreichte zugleich seine letzte und äußerste Ausdehnung und, zum ersten Mal in seiner Geschichte, einen vollkommen zusammenhängenden deutschen Gebietskörper. Man tut Bismarck wahrscheinlich kein Unrecht, wenn man annimmt, daß für ihn als preußischen Staatsmann dies das wichtigste aller Ergebnisse des Krieges war.

Zweitens eine Neuschöpfung, der Norddeutsche Bund. Unter diesem harmlos klingenden Namen verbarg sich in Wahrheit der erste deutsche Bundesstaat, der zur Keimzelle des späteren Deutschen Reiches werden konnte – vielleicht auch sollte – und jedenfalls vier Jahre später tatsächlich wurde. Das Gewicht seiner 23 Mitglieder war sehr ungleich: Preußen allein hatte nach den Annexionen von 1866 24 Millionen Einwohner, alle übrigen 22 Mitglieder des Norddeutschen Bundes zusammen sechs. Immerhin besaß der Norddeutsche Bund einen nach allgemeinem gleichen Wahlrecht gewählten »Reichstag«, einen »Reichs-

kanzler« und ein Bundesheer, von dem die preußische Armee nur noch ein Bestandteil, allerdings der weit-aus größte war. Von Bismarck aus gesehen, war der Norddeutsche Bund seine Abschlagszahlung an die deutsche Nationalbewegung, einschließlich ihrer demokratisch-parlamentarischen Bestrebungen. Es ist nicht sicher, daß Bismarck je mehr als diese Abschlagszahlung leisten wollte.

Drittens vier zum ersten Mal in ihrer Geschichte vollkommen freistehende, souveräne süddeutsche Staaten, die mit Preußen durch Militärbündnisse und Zollunion verbunden waren: Bayern, Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt. Ihr Anschluß an den Norddeutschen Bund war die einzige innerdeutsche Veränderung, die der Krieg von 1870/71 bewirkte; im Grunde keine gewaltige Veränderung. Dennoch wurde im deutschen Nationalbewußtsein erst er die wirkliche Reichsgründung. Jedenfalls ermöglichte er die Umtaufe des Norddeutschen Bundes in »Deutsches Reich« und seines preußischen Präsidiums in »Deutscher Kaiser«.

Viertens ein Österreich, das zum ersten Mal in einer tausendjährigen Geschichte mit dem übrigen Deutschland keinerlei staatliche Verbindung mehr hatte und sich dadurch übrigens auch zu einer großen inneren Umgestaltung, dem »Ausgleich« mit Ungarn, genötigt sah, der aus dem österreichischen Kaiserreich die kaiserlich-königliche Doppelmonarchie machte. Der Friede mit Österreich vermied indessen sorgfältig jede überflüssige Beleidigung durch Gebietsabtretung

oder Kriegsentschädigung und hielt dadurch die Möglichkeit eines künftigen Bündnisses offen.

Mit Bismarcks preußischen Augen gesehen, war dies alles zusammen eigentlich der deutsche Idealzustand. In den Augen deutscher – selbst kleindeutscher – Nationalisten konnte es nur ein Zwischenzustand sein. Aber es waren nicht die deutschen Nationalisten, es war Bismarck, der die praktische Politik machte. Und hier muß man nun fragen: Zielte Bismarck in den Jahren 1867 bis 1870 wirklich auf den nationalen Vervollständigungskrieg? Der Bismarck der neunziger Jahre, der Memoirenschreiber Bismarck, der an seiner eigenen Legende arbeitete, hat diesen Eindruck zu erwecken gewußt. Doch wenn man die authentischen Äußerungen Bismarcks aus der Zeit zwischen 1866 und 1870 liest, und besonders wenn man sie mit seinen Äußerungen vor 1866 vergleicht, gewinnt man ein anderes Bild. Der Gegensatz ist frappant: Vor 1866 unbeirrbar, das Äußerste nicht scheuende Zielstrebigkeit. Vor 1870 eher etwas Abwartendes und zugleich Beschwichtigendes oder Vertröstendes. Der Bismarck dieser Jahre bleibt immer noch der Verbündete der deutschen Nationalbewegung, aber weit stärker als vor 1866 spürt man Vorbehalte.

Am stärksten in der Krise von 1866 selbst. Im Juli, nach der Schlacht bei Königgrätz und vor dem Vorfrieden von Nikolsburg, instruiert Bismarck den preußischen Botschafter in Paris wie folgt:

»Unser preußisches Bedürfnis beschränkt sich auf die Disposition über die Kräfte Norddeutschlands in ir-

gendeiner Form... Ich spreche das Wort Norddeutscher Bund unbedenklich aus, weil ich es, wenn die nötige Konsolidierung des Bundes gewonnen werden soll, für unmöglich halte, das süddeutsch-katholisch-bayerische Element hinzuzuziehen. Letzteres wird sich von Berlin aus noch für lange Zeit nicht gutwillig regieren lassen.« In dieser Zeit fällt sogar noch einmal – in einem Telegramm an den Oberkommandierenden der preußischen Mainarmee – das harte, bis 1851 von Bismarck oft gebrauchte, aber für den Bismarck von 1866 eigentlich nicht mehr zulässige Wort vom »nationalen Schwindel«.

Dieses Wort kommt später nicht mehr vor. Der Bundeskanzler des Norddeutschen Bundes ist sorgfältig darauf bedacht, keinen Zweifel an seiner deutschnationalen Gesinnung zu lassen; aber auch darauf, nichts zu versprechen. Zum Beispiel so (März 1867, wieder an seinen Pariser Botschafter): »Man hat die Mainlinie als eine Mauer zwischen uns und Süddeutschland aufrichten wollen, und wir haben sie akzeptiert, weil sie unserem Bedürfnis und unserem Interesse entsprach; aber sollte man sich darüber getäuscht haben, daß sie nicht eine wirkliche Mauer, sondern . . . gewissermaßen ein Gitter ist, durch welches der nationale Strom seinen Weg findet?« Oder, noch hinhaltender, im Mai 1868:

»Wir tragen alle die nationale Einigung im Herzen, aber für den rechnenden Politiker kommt zuerst das Notwendige und dann das Wünschenswerte, also zuerst der Ausbau des Hauses und dann dessen Erweite-

rung. Erreicht Deutschland sein nationales Ziel noch im 19. Jahrhundert, so erscheint mir das als etwas Großes, und wäre es in zehn oder gar fünf Jahren, so wäre das etwas Außerordentliches, ein unverhofftes Gnadengeschenk von Gott.«

Schließlich, vielleicht die meistzitierte dieser Bismarckschen Abmahnungen an die deutschnationale Adresse, in einem Erlaß an den norddeutschen Gesandten in München vom 26. Februar 1869:

»Daß die deutsche Einheit durch gewaltsame Ereignisse gefördert werden würde, halte auch ich für wahrscheinlich. Aber eine ganz andere Frage ist der Beruf, eine gewaltsame Katastrophe herbeizuführen, und die Verantwortlichkeit für die Wahl des Zeitpunktes. Ein willkürliches, nur nach subjektiven Gründen bestimmtes Eingreifen in die Entwicklung der Geschichte hat immer nur das Abschlagen unreifer Früchte zur Folge gehabt; und daß die deutsche Einheit in diesem Augenblick keine reife Frucht ist, fällt meines Erachtens in die Augen.«

Mir scheint, diese Zeugnisse machen die Auffassung hinfällig, Bismarck habe den Krieg von 1870 wie den von 1866 bewußt gesucht, um den deutschen Einigungsprozeß zu vollenden und aus dem Norddeutschen Bund das Deutsche Reich zu machen, auch wenn diese Auffassung lange Zeit in Deutschland Allgemeingut gewesen und von Bismarck selbst nachträglich genährt worden ist. Bismarck hatte es mit der »Erweiterung seines Hauses« nicht eilig, und er wurde von der Julikrise 1870, die in wenigen Tagen zum

Kriegsausbruch führte, selber überrascht. Seine berühmte »Emser Depesche«, die Frankreichs Kriegserklärung provozierte, war ihrerseits die Antwort auf eine französische Überreaktion auf die – im übrigen bereits zurückgezogene – spanische Thronkandidatur einer Nebenlinie der Hohenzollern. Die freilich hatte Bismarck eingeleitet, aber hatte er es wirklich getan, um einen Krieg mit Frankreich herbeizuführen? War es nicht eher eine Art Test, vielleicht sogar, mit Bismarcks damaligem Ausdruck, eine »Friedensfontanelle«? Denn wenn es zwischen 1866 und 1870 zwischen Frankreich und Preußen böses Blut gab, dann eher in Frankreich als in Preußen. Frankreich fühlte sich durch die Ergebnisse des Krieges von 1866 irgendwie zu kurz gekommen, ja hereingelegt.

Bismarck hatte ja 1866 durchaus Hand in Hand mit dem Frankreich des Dritten Napoleon gearbeitet. Napoleon III. verfolgte seinerseits eine Politik des Bündnisses mit allen europäischen Nationalbewegungen – erst in Italien, dann in Deutschland und übrigens auch, erfolglos, in Polen. Natürlich sollte sich das Ganze sozusagen unter französischer Regie abspielen, und natürlich wollte Paris sich für eine solche Politik territorial belohnen lassen. Diese Kompensationen waren der eigentliche Streitpunkt zwischen Frankreich und dem Norddeutschen Bund in den vier Jahren zwischen 1866 und 1870. Italien hatte Frankreich die Einigungshilfe (die freilich auch weiter gegangen war als im preußisch-deutschen Falle) durch die Abtretung Nizzas und Savoyens fair vergolten. Auch

Bismarck hatte Frankreich Hoffnungen auf irgendwelche Kompensationen gemacht, einmal, 1867 im Falle Luxemburg, auch schon ansatzweise Bereitschaft zu einer bescheidenen Kompensation gezeigt, dann aber wieder zurückgezuckt. Daher in Frankreich die sich ausbreitende Mißstimmung, die Parole »Revanche für Königgrätz«, das Entstehen einer Art Kriegspartei. Wenn nun, auf Betreiben Bismarcks, ein Verwandter des preußischen Königshauses als spanischer Thronkandidat auftrat, konnte das entweder aufreizend oder ablenkend und mäßigend gemeint sein. Welche Wirkung Bismarck im innersten beabsichtigte, werden wir nie wissen. Eins ist sicher: Mit der deutschen nationalen Frage hatte der französisch-deutsche Ehrenhandel, der den Krieg von 1870 verursachte, nichts zu tun.

Und doch wurde der Krieg gegen Frankreich dann der erste wirkliche deutsche Nationalkrieg, und die Erweiterung des Norddeutschen Bundes, die in diesem Kriege erfolgte, im nationalen Bewußtsein erst die eigentliche »Reichsgründung«. 1870 knüpfte die deutsche Nationalbewegung an ihre Ursprünge in napoleonischen Zeiten an: Es ging wieder gegen Frankreich, es ging wieder gegen einen Kaiser Napoleon, und viele deutsche Nationalisten in Preußen, in Norddeutschland, aber auch in Süddeutschland, empfanden 1870 als eine Revanche für die napoleonischen Eroberungskriege in den ersten 10 Jahren des neunzehnten Jahrhunderts. Der Nationalstolz und Franzosenhaß von damals, das war alles plötzlich wieder

da – und diesmal waren die Deutschen die Stärkeren! Das war wundervoll, dabei mußte es bleiben, und Deutschland mußte jetzt als Staat endgültig auf die Füße gestellt und konsolidiert werden. So sah die Stimmung aus, der Bismarck nachgab.

Merkwürdigerweise gab er nicht ganz nach. Dieser Mann, der vor 1866 rücksichtslos norddeutsche Staaten annektiert, ihre Monarchen abgesetzt, die kleinen Partner im Norddeutschen Bund streng an die Kandare genommen hatte, verfuhr nun plötzlich wie ein Staatsmann der Metternichzeit. Er verhandelte geduldig und langwierig mit dem König von Bayern und mit dem König von Württemberg, dem Großherzog von Baden und dem Herzog von Hessen-Darmstadt, und er machte ihnen bedeutende Zugeständnisse. Alle behielten ein gewisses Maß eigener Souveränität, Bayern sogar eine reale Eigenstaatlichkeit: ein sehr weitgehendes eigenes Steuersystem, eigene Post, eigene Eisenbahn, ein eigenes Heer (das nur in Kriegszeiten unter das Kommando des deutschen Kaisers treten mußte) und, was das Unerhörteste war, das Recht, eigene Gesandtschaften, eigene Diplomatie im Ausland zu unterhalten! Der englische Historiker Taylor hat Bismarck gelegentlich nicht als Reichsgründer, sondern als »Reichsverhinderer« bezeichnet, als den Mann, der gerade nur so viel nationale Einheit zugestand, wie er unbedingt mußte. Und in der Tat hatte das Deutsche Reich Bismarcks, weit mehr als der Norddeutsche Bund, einen eher staatenbündlerischen als bundesstaatlichen Charakter.

Denn obwohl Bismarck bei der »Reichsgründung« immer noch bereit war, mit der nationalen Bewegung zu paktieren und ihre emotionalen Bedürfnisse zu befriedigen, verfolgte er keineswegs ihr Ziel, Deutschland zur führenden und herrschenden Macht in Europa zu machen. Das wird man in der Zeit seiner Herrschaft im neugegründeten Deutschen Reich noch deutlich erkennen. Auch lag ihm immer noch daran, daß Preußen in Deutschland Vormacht blieb; und das war im Reich schon nicht mehr so selbstverständlich, wie es im Norddeutschen Bund gewesen war. Im Gegenteil: Nachdem alle kleindeutschen Wünsche erfüllt waren, war das nächste sozusagen natürliche Nationalziel Großdeutschland.

Wenn man bedenkt, daß die Geschichte des Deutschen Reiches dazu geführt hat, daß in seiner letzten und ausgreifendsten Periode ein Österreicher Reichskanzler war, daß dieser letzte Reichskanzler aus dem Kleindeutschland Bismarcks bald ein Großdeutschland machte und daß dieses Großdeutschland dann eine aggressive und expansive Politik betrieb, die der Bismarcks diametral entgegengesetzt war, dies alles begleitet von einer so begeisterten Stimmung, wie sie Bismarck in Kleindeutschland nie, nicht einmal 1870, entgegengeschlagen war – dann möchte man fast sagen, daß der höchste Triumph Bismarcks schon die Wurzeln seines Scheiterns enthielt und die Gründung des Deutschen Reiches schon den Keim seines Untergangs.